

Universitätsstadt Tübingen
Fachabteilung Digitalisierung
Politz, Michael Telefon: 07071-204-1404
Gesch. Z.: /

Vorlage 550a/2023
Datum 16.10.2023

Berichtsvorlage

zur Behandlung im **Verwaltungsausschuss**

Betreff: Erarbeitung ein Digitalstrategie "Tübingen digital 2030"

Bezug:

Anlagen: A550/2023 - Liste Onlineprozesse nach Reifegraden - Stand 11.10.2023

Zusammenfassung:

Mit dem Antrag 550/2023 vom 25.09.2023, wird die Verwaltung beauftragt, eine Digitalstrategie „Tübingen digital 2030“ zu erarbeiten. Die Strategie soll Handlungsfelder und Maßnahmen für alle Dezernate beinhalten; der Fokus soll dabei auf der Digitalisierung der Bürgerdienstleistungen liegen. Da derzeit schon 35 Onlineprozesse umgesetzt wurden, sich für dieses Jahr noch weitere 17 Prozesse in der Pipeline befinden, die Einführung der eAkte und des Dokumentenmanagementsystems voranschreitet und weitere Digitalisierungsmaßnahmen bereits erfolgreich umgesetzt wurden, z. B. die Installation eines Abholterminals für Ausweisdokumente und die Einführung einer elektronischen Signatur, ist die Erstellung einer Digitalstrategie mit derart langem Horizont nicht vorgesehen.

Finanzielle Auswirkungen

keine

Bericht:

1. Anlass / Problemstellung

Die Fraktion AL/Grüne beauftragt Verwaltung eine Digitalstrategie „Tübingen digital 2030“ zu erarbeiten.

2. Sachstand

Die Stadt Tübingen stellt mittlerweile 35 Verwaltungsdienstleistungen online zur Verfügung (Stand 11.10.2023). Für das Jahr 2023 ist geplant, noch weiter 17 Dienstleistungen bereitzustellen. Wichtig bei der Bereitstellung dieser Onlineservices ist, dass diese möglichst den Reifegraden 3 oder 4 nach dem Onlinezugangsgesetz entsprechen (<https://www.onlinezugangsgesetz.de/Webs/OZG/DE/grundlagen/info-ozg/info-reifegradmodell/info-reifegradmodell-node.html>). Die Reifegradstufe 3 bedeutet, dass die Übermittlung aller erforderlichen Nachweise und Unterlagen digital möglich ist und dass der Bescheid an den Antragstellenden digital zugestellt wird. Ist die Leistung gebührenpflichtig, so ist ein Onlinebezahlmöglichkeit eingebunden. Bei der Stufe 4 müssen keinerlei Nachweise mehr erbracht und persönliche Daten eingegeben werden, da diese schon vorliegen und anhand der Authentifizierung automatisch bereitgestellt werden. Dies ist z. B. bei der OWI-Onlineanhörung schon umgesetzt. Die sich noch in der Umsetzung befindlichen Prozesse werden alle die Reifegradstufen 3 oder 4 erfüllen. Bei den bereits verfügbaren 35 Onlineprozessen erfüllen alle bis auf zwei die Stufen 3 oder 4.

Bei den aktuellen Digitalisierungsprojekten wird der Fokus auf Massenprozesse mit hohen Antragszahlen gelegt, die hauptsächlich Bürgerdienste betreffen. Dies sind z. B. Onlineformulare für die Bestätigung des Einzugstermins, die Beantragung von Führungszeugnissen, Gewerbeab- und Ummeldungen, Straßenrechtliche Sondernutzungen usw. (siehe beigefügte Liste). Darüber hinaus wurde die Online-Erteilung eines SEPA-Mandates, inklusive einer Schnittstelle zum Finanzverfahren auf SAP-Basis, umgesetzt. Da diese Prozesse nicht oder nur mit sehr großem Aufwand über das vom Land bereitgestellten Portal service-bw abgebildet werden können, hat die Verwaltung eine Software beschafft, mit der diese Prozesse schnell erstellt und auf die Bedürfnisse und Anforderungen der Universitätsstadt Tübingen angepasst werden können. Dabei handelt es sich um die Low Code-Plattform von der Firma XIMA namens FormCycle, über die bereits 24 Prozesse von der Projektleitung eGovernment online bereitgestellt wurden. Tübingen ist die erste Stadt in Baden-Württemberg, die diese in anderen Bundesländern bereits etablierte Lösung übernimmt, um von der kaum nutzbaren BW-Lösung unabhängig voran zu kommen.

Neben den Onlinediensten wurden und werden, ebenfalls mit Fokus auf die Bürgerdienste, weitere Digitalisierungsprojekt umgesetzt. So ist im Bürgeramt ein Abholterminal für Ausweisdokumente verfügbar und im Ausländeramt ist eine Software zum Wissensmanagement innerhalb kürzester Zeit eingeführt worden. Im Ausländeramt ist des Weiteren eine Projektgruppe Digitalisierung gegründet worden, die weitere Prozesse zur Digitalisierung identifiziert hat. Weitere geplante Maßnahmen und Erläuterungen siehe auch Vorlage 137/2023 und die zugehörige Präsentation.

Innerhalb der Stadtverwaltung ist darüber hinaus die eAkte in der Einführung, der digitale Posteingang und die eRechnung. Die Fachabteilung Digitalisierung pilotiert im Rahmen des

Projektes zur Einführung des digitalen Posteingangs die Möglichkeit, Dokumente KI-basiert automatisch zuordnen zu lassen.

Bei allen bisherigen Digitalisierungsprojekten sind die Fachabteilung Digitalisierung und die betroffenen Organisationseinheiten agil vorgegangen. Die Bedarfe und Anforderungen wurden definiert, mit der Projektleitung eGovernment oder mit der Fachabteilungsleitung Digitalisierung abgestimmt, priorisiert und umgesetzt. Dieses Vorgehen hat sich bewährt, da sich die Rahmenbedingungen, z. B. im Hinblick auf service.bw und dem OZG 2.0, unvorhergesehen geändert haben und somit flexibel darauf reagiert werden konnte. Durch dieses Vorgehen kann darüber hinaus kurzfristig auf Anforderungen einzelner Fachabteilungen reagiert werden, um schnell einzelne Digitalisierungsprojekte umzusetzen.

Um weiterhin schnell auf sich ändernde Rahmenbedingungen reagieren und Anforderungen aus anderen Organisationseinheiten umsetzen zu können, ist die Erstellung einer Digitalisierungsstrategie durch die Stadtverwaltung nicht vorgesehen. Ein Planungshorizont 2030 ist angesichts der rasant voranschreitenden Entwicklung unrealistisch.

3. Vorgehen der Verwaltung

Es wird keine Digitalisierungsstrategie erstellt; Digitalisierungsprojekte werden weiterhin agil umgesetzt. Der Gemeinderat wird regelmäßig über den aktuellen Status der Digitalisierung bei der Universitätsstadt Tübingen informiert.

4. Lösungsvarianten

Die Stadt erstellt eine Digitalisierungsstrategie für die nächsten Jahre, die sukzessive umgesetzt wird.

5. Klimarelevanz

keine